

Der Michel ist im Geiste durch die Zeit ein Schwachmat
wurde für ihn und auch die Michelin erfunden der Wahl-O-mat
schinden sie sich nicht wie die Regenwürmer, die Vasallen
untertänig liefern sie die Michels aus in Zonistenkrallen
und herzallerliebste ging auf in der BRiD eine Chaotensaat

Das Wort am Sonntag von Olaf Thomas Opelt 25.08.2019

Hallo Deutsche , Leser und Nichtleser,

am nächsten Sonntag, dem 1. September wird in Sachsen eine „schicksalhafte“ Landtagswahl stattfinden.

Wenn in der Rechtswissenschaft wie den Generationswechsel 25 Jahre angenommen werden, dann hat der Generationswechsel seit 1990 mindestens einmal stattgefunden.

Der 3. Präsident der USA Thomas Jefferson (1743-1826) hat damals schon den Generationswechsel auf 19 Jahre festgelegt. Die heutigen 6 Jahre mehr sind aufgrund der längeren Lebenserwartung der Menschen eingerechnet. Das bedeutet, dass jene Menschen, die die Gesetze machen, in der Mehrheit über die 25 Jahre durch Jüngere ersetzt werden, die die Gesetze nicht gemacht haben, diese aber anders haben wollen. Das ist besonders bei einer Verfassung so, die durch eine Volksvertretung ausgearbeitet wurde, dann vom Volk geprüft und mit Änderungsvorschlägen, wenn möglich verbessert und dann vom gesamten Volk durch Mehrheitsbeschluss in Kraft gesetzt wird.

Gab es so etwas schon einmal auf deutschem Boden?

Mitnichten. Die Weimarer Verfassung wurde zwar von einer sog. Nationalversammlung ausgearbeitet, aber nicht von der verfassungsgebenden Gewalt, dem Volk, in Kraft gesetzt.

Die darauf verfasste Gewalt, also die drei Gewalten-Legislative, Judikative und Exekutive- haben im Zuge des Versailler Vertrags (also damals schon) den deutschen Staat wegen Mangels Organisation handlungsunfähig gelassen. Organisiert war der deutsche Staat ab 1871 mit der Kaiserlichen Reichsverfassung, die auf den Verfassungen der Gliedstaaten (Herzog- und Fürstentümer) aufgebaut war. Daher dann die spätere (1913) Reichs- und Staatsangehörigkeit (RuStaG).

Die Reichsangehörigkeit, also die unmittelbare, war die jener Deutschen, die keine Staatsangehörigkeit der Gliedstaaten besaßen, so die Auslandsdeutschen in den Kolonien. Die mittelbare Reichsangehörigkeit, also die Staatsangehörigkeit war eine Angehörigkeit der einzelnen Gliedstaaten. Bekanntlich führte die Weimarer Verfassung mit ihren Notstandsgesetzen in das faschistische Hitlerreich, das dann auf dieser Verfassung über die hitlerischen Ermächtigungsgesetze die verbrecherische Diktatur schuf.

Inzwischen dürfte durch meine Ausarbeitungen über die [Rechtsgrundlagen](#) in Deutschland und über die [besatzungsrechtlichen Grundlagen](#) ebenfalls bekannt sein, dass über die zionistische Weltbewegung diese ganze Rechtsverdrehung über den 1. und 2. Weltkrieg befeuert wurde. Mit dem Ende des 2. Weltkrieges und Schaffung der Vereinten Nationen, mit deren sehr guten Charta, war es aber nicht zu Ende mit der Befeuerung, denn aus der inzwischen gewonnenen Macht konnte man die UN Charta missbrauchen um seine hinterhältigen Ziele weiter zu verfolgen. Das

hinterhältige Ziel ist die Eine-Welt-Regierung mit gerade einmal noch 500 Millionen mehr oder weniger menschlichen Wesen auf unserem Planeten. [1980 wurden diese Ziele in Stein gehauen in Georgia aufgestellt](#). Das konnte geschehen, weil man inzwischen so siegessicher war, den weiteren Verlauf der Weltgeschichte nach seinem Willen zu gestalten.

So kam es dann zur vermeintlichen Vereinigung „Deutschlands“, die nichts weiter war als eine feindliche Übernahme der sowjetischen Besatzungszone durch die drei Westbesatzungszonen. Diese vier Zonen werden [heutzutage Deutschland genannt](#), sind aber letztendlich nach wie vor nicht der deutsche Staat, sondern durch die feindliche Übernahme die vergrößerte Bundesrepublik in Deutschland, wie es Dr. jur. Giese 1949 in seinem Kommentar zum Bonner Grundgesetz ausgedrückt hat. Dieses Bonner Grundgesetz war keine Verfassung, sondern ein klar vorgeschriebenes GG nach Art. 43 HLKO um einen Teil des deutschen Staates bis zu seiner Vereinigung zu verwalten. Ausführlich hat dies [Carlo Schmid, Mitglied des Parlamentarischen Rates in seiner Rede vor diesem Rat](#) aufgezeigt.

Die vier Besatzungsmächte, also ebenso die sowjetische, sind mit der [Übernahme der obersten Gewalt am 5.06.1945](#) davon ausgegangen, den deutschen Staat nicht aufzulösen bzw. untergehen zu lassen. Das verdeutlichte sich auch in der [Dreimächte Erklärung vom 2.08.1945](#) in Berlin. In der u. a. zum Problem der polnischen Westgrenze von einer abschließenden Friedensregelung die Rede war. Die Rede ist, weil die Dreimächte Erklärung nach wie vor noch unerfüllt im Raum steht. So heißt es in dieser: *„Die Alliierten wollen dem deutschen Volk die Möglichkeit geben, sich darauf vorzubereiten, sein Leben auf einer demokratischen und friedlichen Grundlage von neuem wiederaufzubauen.“*

Was bedeutet das?

Eine demokratische, also volksherrschaftliche, Grundlage, ist eine volksherrschaftliche Verfassung. Da aber in der BRiD inzwischen so gut wie überhaupt nicht mehr von Volksherrschaft gesprochen wird, sondern nur von Demokratie, geschieht das aus dem Grund, dass es keine Volksherrschaft geben darf um das Ziel der Einen Welt-Regierung zu erreichen, sondern der Begriff Demokratie einfach in Volksbeherrschung umgemünzt ist.

So kam es dann zwar in der DDR 1968 dazu, dass die Verfassung vom 07.10.1949 durch eine neue ersetzt wurde, diese vom Volk auch mit Änderungsvorschlägen ergänzt werden durfte, und letztendlich sogar eine Volksabstimmung stattfand, mit der diese DDR Verfassung in Kraft gesetzt wurde, letztendlich aber die DDR, da der eigentliche deutsche Staat, das deutsche Reich, nach wie vor noch existierte, genauso wenig wie die BRiD ein neuer Staat auf einem Staat des eigentlichen Staatsgebiets werden konnte. Die Verfassung von 1968 stand also letztendlich genauso wie die vom 7.10.1949 unter besatzungsrechtlicher Hoheit, weil mit dem deutschen Staat noch kein Friedensvertrag abgeschlossen war, noch diese aufgelöst wurde. Aufgelöst wurde über das Besatzungsrecht mit dem [Kontrollratsgesetz Nr. 46 vom 27.02.1947 der Freistaat Preußen](#). Dies geschah, weil man in den vier Besatzungszonen des eigentlichen Freistaats Preußen verschiedene neue Länder gründete. Warum konnte man ohne weiteres Völkerrecht zu beachten den Freistaat Preußen auflösen? Der Freistaat Preußen, vermeintlicher Nachfolger des Königreichs Preußen, ein Gliedstaat des Kaiserreichs, hat seine Entstehung auf die Weimarer Verfassung gegründet. Da diese aber nicht in Kraft getreten war, war es Hindenburg kurz vor Hitler schon gegeben den [Preußenschlag zu führen](#), und eben dann den vier Besatzungsmächten den Freistaat aufzulösen. Denn was rechtlich nicht ist, kann nur unrechtlich aufrechterhalten werden.

Und genau dieser letzte Grundsatz gilt dann auch für das sog. Deutschland der vier Besatzungszonen, die heutige BRiD.

Über den sog. 2+4 Vertrag, die „Abschließende Regelung in bezug auf Deutschland“ wurde der

Einigungsvertrag aufgebaut. Diese beiden Verträge konnten aber wegen unheilbarer Widersprüche rechtlich nicht in Kraft treten, wozu die bis dato [unwiderlegte Beweisführung](#) vorliegt.

Nun wäre es völlig egal, ob diese beiden Verträge in Kraft getreten sind oder nicht, wenn sich das deutsche Volk kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt 1990 das GG zur Verfassung gegeben hätte. Da aber dieser [verfassungsgebende Kraftakt erstunken und erlogen ist](#) und einzig durch die sog. [wichtigen Männer](#) die ganze Chose gedeichselt wurde, ist das Selbstbestimmungsrecht der Völker aus den beiden [Menschenrechts pakten](#) verletzt und Deutschland ist seit nunmehr 100 Jahren eine Verfassung vorenthalten. Da die letzte deutsche Verfassung die Kaiserliche und mit ihr die Staatsverfassungen der Gliedstaaten durch entsprechende Thronverzicht, hier insbesondere durch KW II. und seinem Thronfolger am 28.11.1918 alle Verfassungen ihre Rechtsgültigkeit verloren haben. Da aber und hier beziehe ich mich wieder auf jur. Giese, positives Recht eine Verfassung überleben, ein solches Recht aber nicht vor einer Verfassung in Kraft treten kann, ist das RuStaG von 1913 nach dem Untergang der kaiserlichen Verfassung bestehen geblieben und wurde 1945 durch die vier Besatzungsmächte als weiter bestehend vorausgesetzt. So führt Prof. Theodor Maunz in seinem Lehrbuch „Staatsrecht“ aus dem Jahr 1957 folgend aus: *„Unabhängig von den Ereignissen des Jahres 1945 (Kapitulation, fraglicher Fortbestand des Reichs) und unabhängig vom etwaigen Entstehen einer Landesangehörigkeit blieb die deutsche Staatsangehörigkeit als Rechtsinstitut unverändert bestehen.*

Ihr Bestand ist auch vom Besatzungsrecht nicht berührt, sondern vorausgesetzt worden.“

Ja, auch durch die sowjetische Besatzungsmacht war die RuStaG vorausgesetzt und zwar durch die DDR Verfassung vom 07.10.1949 Art. 1 Satz 4 *„Es gibt nur eine deutsche Staatsangehörigkeit.“*

Somit wird dann auch klar, dass die BRiD sich an diese Vorschrift der vier Besatzer hält und die [Innenstelle Sachsens](#) mitteilt, dass es in den Bundesländern keine eigene Staatsangehörigkeit gibt, wie es im Kaiserreich in den Gliedstaaten war.

Da war es dann auch egal, ob diese eine Staatsangehörigkeit zeitlich mit der sog. DDR Staatsangehörigkeit überdeckt war. Denn die DDR war genau wie die BRD bis zum 17.07.1990 nichts weiter als eine staatsrechtliche Verwaltung auf einem Teil des deutschen Staates, dem Deutschen Reich, was das [3 x G in seiner Entscheidung 2 BvF 1/73](#) aus dem Jahr 1973 in bezug auf die BRiD deutlich aufzeigte. Nun sollte man aber wissen, dass die staatsrechtliche Verwaltung DDR [rechtlich unter Besatzungsrecht fortbesteht](#), aber ebenso wie der eigentliche Staat wegen mangelnder Organisation handlungsunfähig ist, im Gegensatz zur BriD, die mit der Aufhebung des [Art. 23 a. F. \(Geltungsbereich\)](#) durch die drei Westbesatzer rechtlich untergegangen ist, faktisch aber durch die völkerrechtswidrige Organisation fortbesteht. Einem jeden deutschen sollte eigentlich klar sein, dass dies der Vorschrift der Dreimächte Erklärung von Berlin (Potsdamer Abkommen) widerspricht und inzwischen nach Völkerstrafgesetzbuch § 7 Abs. 5 *Wer ein Verbrechen nach Absatz 1 in der Absicht begeht, ein institutionalisiertes[errichtetes oto] Regime der systematischen Unterdrückung und Beherrschung einer rassischen Gruppe durch eine andere aufrechtzuerhalten, wird mit Freiheitsstrafe nicht unter fünf Jahren bestraft, soweit nicht die Tat nach Absatz 1 oder Absatz 3 mit schwererer Strafe bedroht ist.*) strafbar ist. Warum machen sich die Deutschen nach dieser Norm strafbar? Weil sie seit 1990 ohne eine verfassungsgemäße (volksherrschaftliche/demokratische) Grundlage zu haben, mit sogar grundgesetzwidrigen Wahlen das Regime der BRiD aufrechterhalten und das ist klar im Willen, zum Nutzen der wichtigen Männer, um die Forderung der Dreimächte Erklärung durch das deutsche Volk nicht zu erfüllen, da ansonsten mit dem Selbstbestimmungsrecht der Völker die Fremdherrschaft über Deutschland, eigentlich den nicht handlungsfähigen Staat, beendet wäre.

Und um der Sache eine Krone aufzusetzen hat die RuStaG bis 9 Jahre nach der vermaledeiten Wende auch in der BRiD weitergegolten.

Ende 1999 wurde diese dann erst mit einer willkürlichen Regel in die Deutsche Staatsangehörigkeit a la Hitler geändert um Migranten entgegen den Regeln der RuStaG zu deutschen Staatsangehörigen machen zu können um dem Exkanzler Schröder die Wiederwahl zu sichern.

Um auf Jefferson zurückzukommen, der das Selbstbestimmungsrecht einer jeden Generation für notwendig hielt, ist hier im Gegensatz seit über 100 Jahren , also nunmehr seit 4 Generationen das Selbstbestimmungsrecht vorenthalten, um vom Selbstbestimmungsrecht der Völker, das seit 1976 (für die BRiD und die DDR seit 1973) verbindliches Völkerrecht ist, ganz zu schweigen.

Warum aber wiederhole ich mich hier zum wer weiß wievielten male? Erst einmal um Menschen, die neu auf die Seite Bundvfd.de kommen, aufzuzeigen, was tatsächlich der Wahrheit entspricht und zum anderen jenen, die schon des Öfteren diese Seite besuchten, die Wahrheit zu wiederholen. Denn dieses muß man umso mehr, weil die Lüge mit größerer Macht nach wie vor nicht nur den Deutschen, sondern auch den anderen Völkern der Welt aufgetischt wird.

Kommen wir zum Eigentlichen.

Zu der am 1. September stattfindenden Landtagswahl in Sachsen und Brandenburg, der dann dieses Jahr auch die in Thüringen folgt.

Diese Landtagswahlen werden in den einzelnen Verfassungen nicht unmittelbar erwähnt. Im GG aber sehr wohl. So heißt es dann im GG Art. 28, dass es eine unmittelbare Wahl sein muß. Also eine Direktwahl. Das Wahlgesetz der BRiD ist ein auf Listen/Verhältnswahlen aufgebautes. Diese Art der Wahlen ist aber mittelbar, da die Kandidaten von den einzelnen Parteien aufgestellt werden. Und selbst der Direktkandidat, der dann trotz Wahlschlappe über die Liste in das Parlament einzieht, wird durch die Partei gekürt und nicht durch das Wahlvolk im entsprechenden Wahlkreis. Diese Vorauswahl ist zum Nutzen der Zionisten und wurde deshalb durch das 3 x G im Jahr 2012 erneut bestätigt und sogar soweit ausgeweitet, das statt 299 unmittelbare Kandidaten nunmehr 709 mittelbare im Bundestag hocken.

2017 gab es für die BT Wahl in Sachsen 16 Wahlkreise. Nunmehr zur Landtagswahl werden es 60 sein. Und es wird sich zeigen, inwieweit die Zahl der Abgeordneten sich von 126 nach oben oder unten verändern wird. Wenn man bedenkt, dass allein der Bundestag inzwischen Milliarden kostet, dazu dann noch 16 Landtage kommen, die über das Doppelte besetzt sind, kann jedem, der nicht arithmetisch behindert ist, sichtbar werden, welch ein Geld für die Volksbeherrschung verpulvert wird, was wo anders fehlt.

Gerade das Pflegepersonal, das unterbesetzt ist, und vor allem in seiner Bedeutung völlig missachtet wird, bräuchte Unterstützung von Menschen, die sich in diesem Beruf Wohlfühlen könnten, wenn diesem die richtige Bedeutung zuerkannt würde. Und das nicht nur finanziell sondern auch moralisch.

Ein weiteres Novum könnte der Vergangenheit angehören, es sind die ehrenamtlichen Busfahrer, die entsprechenden finanziellen Mitteln einen festen Vollarbeitsplatz bekommen könnten und mit einem sozialverträglichen Fahrpreis aus vielen Landgemeinden die Menschen in die Zentren und zurückbringen könnten, damit so mancher PKW überflüssig würde. Und das somit der Umwelt und

nicht dem Klima zugute kommen würde.

Aber all das wäre gegen den Profit der wichtigen Männer und gegen den Nutzen und damit darf das nicht sein.

Deswegen werden jetzt ausgebildete [Menschen auf den Philippinen für die Pflege nach Deutschland geködert](#). Welch eine Missachtung deutscher Arbeitskraft, da die Zahl der Pflegekräfte durchaus durch Deutsche erhöht werden könnte, um die Pflege für den Gepflegten, aber auch für den Pfleger menschlich zu gestalten. Das bedeutet, dass nicht nur die finanzielle Abfindung der Pfleger erhöht werden muß, sondern vor allem die moralische Seite der Pflege eines alten Menschen aufgewertet gehört; sich der Pfleger nicht im vorgegebenem Minimaltakt durch die Arbeit buckelt, sondern sich sinnbildend [um die zu Pflegenden kümmern](#) kann. Zwar nicht nur für die, von denen das finanziell selbst gestemmt werden kann, sondern für einen jeden, egal aus welchen finanziellen Verhältnissen er stammt. Auch hier ist wieder das generationsübergreifende System gefordert, das normaler Weise am allerbesten in einer Familie aufrechterhalten werden kann. Die Familie aber wird gezielt durch das BRiD Regime zerstört um die generationsübergreifende Hilfe abzuschaffen, damit den Zusammenhalt der Gesellschaft weiter auszuhöhlen, um somit dem Teile- und Herrsche- Prinzip dem Nutzen der wichtigen Männer weiter zu dienen.

Was dann aber mit dem Anwerben von Philippinos wieder der Goldman Sachs geführten Afd für die Fremdenfeindlichkeit in die Hände spielt.

Und so wird sich die Katze immer weiter im Kreis drehen weil sie ihren Schwanz nicht zu fassen bekommt bis sie tot umfällt.

Ja, ein schauerliches Bild für das deutsche Volk, was hier entstanden ist.

Und dann kommt gleich mal das Leut Thierse an den Ring und schimpft auf die Afd, weil diese die Parolen der Opposition aus dem Jahr 1989/90 missbrauchen würde.

Leut Thierse vor 1989 parteilos, also noch nicht einmal in einer Blockpartei der DDR, wäre eigentlich für eine gute Opposition der richtige Mann, zumal er sich Christ nennt und der reine christliche Glaube Teil der reinen Vernunft ist. So ist er im Oktober 1989 dem Neuen Forum beigetreten, das zum Bündnis 90 gehörte, aber wie ich immer wieder betone, die ehrlich und aufrichtigen aus diesem Bündnis „gemobbt“ wurden. Ist also Thierse in die SPD gemobbt worden? In die SPD, in der Markus Meckel der letzte Außenminister der DDR war. Mit [seiner Rede hatte dieser am 05. Mai 1990](#) eine klare Position unter Einbeziehung des Selbstbestimmungsrechts der Völker gehalten, was ihm aber wahrscheinlich im Nachhinein bei den 2+4 Verhandlungen nicht mehr interessierte und mit den BRiD Vertretern zusammen zum Schluss kam, dass [keine abschließende Friedensregelung beabsichtigt](#) ist.

Am 17.07.1990 waren die 2+4 Verhandlungen beendet und davor am [22.06.1990 schwang er sich nochmals zu einer Rede](#) auf, in der der Tenor folgend war: „*Nach unserem Verständnis besteht unsere wichtigste Aufgabe darin, die Vereinigung Deutschlands so zu gestalten, dass alle zustimmen können.*“ Oh ja, alle zustimmen, natürlich außer dem deutschen Volk; das war das wichtigste für die Vasallen um ihren Dienst gegenüber den wichtigen Männern zu erfüllen.

So auch Thierse, der in die SPD „gemobbt“ wurde, um später den Bundestagspräsidenten geben zu dürfen. Eine recht steile Karriere eines noch 1989 Parteilosens. Eine steile Karriere ähnlich dem Merkela, also über die FDJ in die Spitze des Regimes der heutigen BRiD.

Diesem Leut Thierse schlug nun die Afd dem Boden aus dem Fass mit der „[obszönen](#)“

Ungeheuerlichkeit, das Bild von Exkanzler Brandt und seines Aufrufs „Mehr Demokratie wagen!“ zu verwenden.

Nun sei es einem Jeden überlassen, inwieweit er obszön in Verbindung mit Thierse als schlüpfrig oder moralisch verstehen will. [Moral](#) ist ebenfalls wieder verschieden zu verstehen und wenn man darauf bedacht ist, den schon von John Locke verurteilten Wortmissbrauch der westlichen Welt nicht Außeracht zu lassen, dürfte man begreifen, dass Demokratie bei den heutigen Halunken Volksbeherrschung bedeutet und somit Thierses Moral auf dieser gefestigten Lehre beruht. Warum aber beschwert er sich denn dann, denn nicht nur er zelebriert in seiner Mischpoke die Volksbeherrschung, sondern erst recht Goldman Sachs, die letztendlich die Führung der Afd inne hat, dass aber deren meisten Mitglieder und Wähler nicht wahrhaben wollen, also nicht nur dem heutigen Aberglauben, dem Eiapoepia aus der Hölle, sondern sich dem Selbstbetrug aussetzen. Selbstbetrug, der aus zu geringem Wissen und dieses aus der fehlenden selbstbewussten Eigenverantwortung entsteht.

Und so habe ich die Kurve glatt weg zum Wahl-O-Mat geschafft, dem sich die Deutschen und die anderen Bewohner des Bundesgebietes annehmen können, um sich ihr Nichtwissen über das gewünschte politische Verhältnis, das sie zu den Parteien empfinden, durch die Zionisten sozialwissenschaftlich aufgearbeitet näher bringen zu lassen.

Alles recht rotzig von diesem Querulanten Opelt, deswegen spare ich mir hier erst einmal weitere Worte und bitte zur [Ausarbeitung über Demokratie und Wahl-O-Mat](#), die man beim „Antispiegel“ finden kann, wo ich meine, auch ausführlich darüber geschrieben steht.

Der Kritik des Antispiegel möchte ich aber etwas hinzufügen und zwar, die bereits von mir schon öfter geäußerte Kritik an der unmittelbaren (direkten) Wahl bei Bundes- und Landtagswahlen, die ja angeblich nach Art. 28 & 38 GG unmittelbar zu sein hätten. Mittelbar sind Listen-Verhältniswahlen, weil die Kandidaten erst von den Parteien in die Listen und sogar als Direktkandidaten gestellt werden. Und diese Absicherung gegenüber dem Volk sich seinen eigenen Kandidaten im Wahlkreis auszusuchen, dazu noch mit der sog. 5% Hürde zusätzlich gebremst wird. Damit wird maßgeblich verhindert, dass es dazu kommen könnte, dass die Abgeordneten sich an Aufträge ihrer Wähler halten könnten. An die Aufträge der Lobbyisten brauchen sie sich auch nicht zu halten, denn zum allergrößten teil sind die Lobbyisten bereits tief in der Gesetzgebung verankert. Und wenn es um evtl. Entscheidungen im Bundestag geht, dann meistens in einem solchen Wirrwarr, dass die einzelnen Abgeordneten keine Möglichkeit haben, sich in das eigentliche einzuarbeiten und teilweise mit sich selbst und ihrer Verwaltung überlastet sind. Sollte es zu Brenzlichkeiten kommen, wird einfach von Oben die Fraktionsdisziplin befohlen. Wer sich daran nicht hält und sich evtl. tatsächlich Volksergeben zeigt, kann sicher sein, dass er bei der nächsten Wahl nicht mehr auf der Liste steht. Wenn man [in der Ausarbeitung über Jefferson](#) tiefgründig nachliest, bekommt man aufgezeigt, dass dieser aus den Schriften von David Hume (1711-1776), der auch von mir gelesene schottische Philosoph, viel Wissen verdankt. Auch von einem Gesellschaftsvertrag ist zu lesen. Und wer die Zusammenhänge erkennt, wird wissen, dass es ein Werk von Rousseau ist, welches gemeint ist. Und in diesem Werk zeigt Rousseau auf, dass Gesellschaften, also Parteien, keine staatslenkende Führung haben sollten, wie es aber in der BRiD ist. So gehört den bridlerischen Parteien nichts weiter als der Status von Vereinen und niemals ein solches Parteiengesetz, das für ein finanziell, anerkanntes und vor allem nach § 37 haftungsfreies Auskommen garantiert.

So kann ich auch gegenüber dem Antispiegel nur wiederholen, dass in der westlichen Welt Demokratie Volksbeherrschung bedeutet. Volksbeherrschung, die grundhaft von den drei Westmächten gestützt wird. Hat man dem BRiD Regime den eigenmächtig [eingefügten Art. 59a GG](#) befohlen wieder herauszunehmen, so hat man ihm auch befohlen, eigenmächtige geändertes recht wieder zu bereinigen, also mit den sog. Bereinigungsgesetzen, die ebenfalls ein großes Wirrwarr

stifteten und für die Nepper, Schlepper, Bauernfänger gelobte Köder für das Volk waren.

Nichtshaben aber die drei Westbesitzer gegen das Einfügen des Art. 23 n.F.GG gehabt, mit dem die BRiD im Zionistschritt (zwei Schritt vor, einen zurück; und mit jeder Schrittfolge einen Schritt weiter im feinsten Demokratieverständnis von [Leut Juncker](#)) in das neue Reich/EU und von der in die Eine-Welt-regierung geführt wird.

Wer hat aber das Wahlgesetz gestaltet? War es nicht die BRiD Regierung im Jahr 1956? Offensichtlich, ja, da von keiner anderen Regierung zuvor ein Wahlgesetz beschlossen wurde. Tatsächlich aber war das Gesetz von 1956 der kalte Aufwasch des Wahlgesetzes von 1949, das angeblich aus der Feder des Parlamentarischen Rates stammte. Also hat dieser im gleichem Atemzug wie er die Art. 28 & 38 GG geschaffen hatte, ein dem diesen Artikeln widersprechendes Wahlgesetz geschaffen.

Ja, warum das? Ganz einfach, da das GG nach Vorgabe der drei Westbesitzer geschaffen wurde und so ebenfalls das Wahlgesetz, was von diesen ähnlich genehmigt wurde wie das GG. So heißt es im [entsprechenden Bundesgesetzblatt](#) folgend: „Auf Grund der mit Schreiben der Militärgouverneure vom 13. Juni 1949 erfolgten Anordnung über das vom Parlamentarischen Rat am 10. Mai 1949 beschlossene Wahlgesetz verkünden wir hiermit dieses Gesetz mit den von den Militärgouverneuren mit Schreiben vom 28. Mai 1949 und 1. Juni 1949 vorgenommenen Änderungen wie folgt:.....“

Schauen wir zurück auf das bisher Geschriebene!

Über vier Generationen **keine** Verfassung. Drei Generationen ein von Grund auf rechtswidriges Wahlgesetz und inzwischen fast eine Generation ohne ein rechtsgültiges Staatsangehörigkeitsgesetz, sondern eine willkürliche Regel.

Kommt noch dazu, dass Jefferson meint, dass Schulden auch für Ungeborene eingegangen werden können. Aber was sind die Schulden, die aus dem Versailler Vertrag herausstammen? [Sittenwidrig](#) und damit in einem Rechtsstaat hinfällig. Was sind die Schulden aus dem [Schuldenabkommen](#) des Jahres 1952? Ebenfalls [sittenwidrig](#) und ebenso in einem Rechtsstaat hinfällig.

Von der ganzen Bankenrettung und Kriegsausgaben und den Schutzgeldern, die für all den Teufelskram dem deutschen Volk abgenommen wurden, soll hier erst gar nicht angefangen werden.

Sie Sowjetunion unter Stalin, also im Kommunismus verhangen, ist ein Produkt aus dem Kapitalismus heraus und vom jesuitischen Kommunismus geschaffen. Russland, der Rechtsnachfolger der Sowjetunion jedoch ist seit 2000 in einer ganz anderen Spur durch den Präsidenten Vladimir Vladimirovitsch Putin und den Seinen. Zwar hat die Sowjetunion entgegen den drei Westbesitzern, die letztendlich durch die wichtigen Männer, die von der obersten Liga, dem Komitee der 300, das wiederum von den Rothschild- & Rockefeller-Clans beherrscht wird, gelenkt werden, immer wieder versucht mit dem deutschen Staat einen Friedensvertrag abzuschließen, was aber eben durch die drei Westbesitzer stets verhindert wurde, da es keinen souveränen deutschen Staat in deren Sinne braucht, da dieser auf dem Weg zur Einen-Welt-Regierung ein starkes Hemmnis wäre. Gebraucht hat es aber die BRiD und nun durch die DDR vergrößerte als Brückenkopf in Europa. Und siehe da, das BRiD Regime steckt überall in der Zerstörung souveräner Staaten mit drin, nicht nur in Portugal, Spanien und Italien, sondern in der letzten Zeit ganz deutlich in Griechenland und der Ukraine. Vom Nahen Osten und Afrika auch hier wieder erst gar nicht davon zu reden. Neuerdings tingelt das Merkela im Dienste der Zionisten auch in den nordeuropäischen Staaten und das mit Sicherheit nicht wegen des Klimawandels, der nichts weiter als eine [Klimaverschiebung](#) ist, sondern wegen der [transatlantischen Beziehungen](#).

Nicht zuletzt sollen diese Beziehungen zum Nutzen für die wichtigen Männer sein, genauso wie

eben diese vermaledeite Klimaverschiebung. Und zu all dem werden die Deutschen nach wie vor völkerrechtswidrig unter die Besatzung gezwungen über die eigentlich rechtsungültigen Art. 79, 120, 125, 130, 135 a & 139 GG. Art. 139 GG, der die Bestimmungen des Deutschland- und des Überleitungsvertrages fortgelten lässt, zumal diese zusätzlich im „Übereinkommen zur Regelung bestimmter Fragen in bezug auf Berlin“ festgezurr sind.

Völlig ohne Frage ist das völkerrechtswidrige Handeln der Westbesatzer gegenüber dem deutschen Volk, insbesondere durch das Verweigern des Rechts auf Selbstbestimmung der Völker, das in den zwei Menschenrechtspakten verbindlich festgeschrieben steht.

Und somit kommt wieder der Rechtssatz „Denn was rechtlich nicht ist, kann nur unrechtlich aufrechterhalten werden.“ zur Geltung. Ein Rechtssatz, der gegen jegliches Rechtsstaatsprinzip verstößt.

Und was macht die vierte Besatzungsmacht, Russland?

Der wohl dienstälteste oberste Diplomat der Welt einer von Putins seinen, der russische Außenminister Sergej Lawrow, hat in bezug auf Venezuela folgend ausgeführt:

*„Wir waren und wir werden stets diesen Grundsätzen (des Völkerrechts – Anm. d. Red.) treu bleiben, wir werden mit Ihnen solidarisch sein, wir werden das Recht eines jeden Volkes verteidigen, eigene Entwicklungswege selbständig zu wählen, und **wir werden jeglichen illegitimen und einseitigen Erpressungs- und Druckmethoden nachdrücklich entgegenwirken.**“*

Er hat dieses also nicht nur dem bolivarianischen Volk Venezuelas zugesagt, sondern allen Völkern, die sich klar auf der Grundlage des Völkerrechts bewegen und ihr damit verbindliches Selbstbestimmungsrecht ausüben wollen.

Das könnte auch das deutsche Volk und würde dafür der Unterstützung Russlands sicher sein.

Aber ohne selbstbewusste Eigenverantwortung und dem Willen die oben genannte Bestimmung aus der Dreimächte Erklärung von Berlin sicherzustellen, **wird es dem deutschen Volk gegeben bleiben, seinem jetzigen Sklavenstatus weiter zu unterliegen** und im fortgesetzten Zionistschritt seinen eigenen Untergang voranzutreiben.

Ja, was macht man dagegen? Es klingt einfach, aber es scheint ungeheuer schwer, die selbstbewusste Eigenverantwortung aufzunehmen.

Da Jefferson sehr wahrscheinlich die Werke von Immanuel Kant (1724-1804) nicht kannte, ist er in der Ansehung der Pflicht außerhalb der Vernunft.

Kant zeigt in seinen Werken immer wieder auf, Pflicht ist die Notwendigkeit einer Handlung aus Achtung fürs Gesetz. Ja, Handlung für das Gesetz, aber eben für gültiges deutsches Recht und Gesetz und nicht gegenüber dem brüderlichen Verfälschten, das nichts weiter als willkürliche Regeln darstellt. Und dann, wenn das immer mehr Menschen tun und sich dabei ergänzen, merken diese durch den Erfolg, dass diese Pflicht Spaß macht. Die oberste Menschenpflicht ist die selbstbewusste Eigenverantwortung. Und so kann man daraus erkennen, dass nur mit dieser das oberste Menschenrecht, die Würde des Menschen, verteidigt werden kann. Alles in Allem bedarf es immer wieder dem guten denken, guten Reden und guten Handeln.

Olaf Thomas Opelt

[Staatsrechtlicher Bürger der DDR](#)

Reichs- und Staatsangehöriger

Mitglied im Bund Volk für Deutschland

Bundvfd.de